

- 1. Die Energiekonzerne dürfen ihre Strom- und Gasfernleitungsnetze behalten.** Das **EU-Parlament gab** am 24.03. seine **Forderung nach einer Trennung von Stromerzeugung und Netzbetrieb** nach Widerständen aus Deutschland, Frankreich und weiteren Ländern nach fast 2 Jahre dauerndem Streit **endgültig auf**. Darauf haben sich die Vertreter des Europaparlamentes und der EU-Mitgliedsstaaten geeinigt. Die Unabhängigkeit des Netzverwalters muss aber garantiert sein. Nach dem Kompromiss werden auch die Rechte der Verbraucher gestärkt, die Anspruch darauf haben, ihren Anbieter innerhalb von 3 Wochen zu wechseln. (FAZ, FTD 25.03.09)
- 2. RWE kämpft weiter um Biblis.** RWE Power und Vattenfall bedauern die Abweisung ihrer Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, wonach die beantragte Übertragung von Strommengen des stillgelegten Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich auf den Block Biblis A bzw. Brunsbüttel nicht zulässig ist. Bemerkenswert die Bemerkung des Vorsitzenden Richters Wolfgang Sailer: **“Schuld sei das “missratene“ Atomgesetz“**, das den Ausstieg regelt. Unabhängig von diesem Urteil verfolgt RWE Power die ebenfalls beantragte Übertragung von Strommengen des Kernkraftwerks Emsland auf Biblis A. Das Verfahren ist in erster Instanz vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel anhängig. Analog verfolgt jetzt Vattenfall die Übertragung von Strommengen des KKW Krümmel auf Brunsbüttel. Der Bundesumweltminister könnte eine **Laufzeitenübertragung von neueren auf ältere KKW** zustimmen, wenn das Bundeskanzleramt und das Bundeswirtschaftsministerium zustimmen. So ist dies **geschehen durch "Basta-Kanzler" Schröder**, der seinerzeit eine 2 jährige Laufzeitverlängerung des **Kernkraftwerkes Obrigheim** durch eine Strommengenübertragung von einem neueren KKW ermöglichte. Der Weiterbetrieb von Biblis ist besonders wichtig wegen seiner Rolle als Netzstabilisator für die großen Nord-Süd-Stromautobahnen, die mit wachsendem Windstromangebot fast schon zu Einbahnstraßen nach Süden geworden sind.(RWE-Pressemit. 26.03.09,FR 27.03.09, FAZ 28.03.09)
- 3. E.ON und RWE bieten gemeinsam für drei Standorte für Kernkraftwerke in Großbritannien.** Vor einigen Tagen habe die britische Atombehörde im Internet die Versteigerung der Grundstücke gestartet. Branchenkreise rechnen mit einem lebhaften Wettbewerb. Als großer Konkurrent gilt die französische EDF. Diese hatte 2008 den Betreiber der meisten aktuellen Reaktoren British Energy übernommen (Handelsblatt, FR. 27.03.09)
- 4. Gabriels Forderung nach einer Uransteuer soll von eigenen Problemen ablenken und ist vertragswidrig** (da unzulässige steuerliche Diskriminierung der Kernenergie). Die Behauptung, eine Steuer auf Uran bzw. Kernbrennstoffe würde die Verbraucher nicht belasten, lässt außerdem auf fehlende Kenntnis gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge schließen. (Pressemit. WKK 11.03.09
<http://www.kernbrennstoff.de/inhalte/aktuelles/pdf/2009-03-bmu-initiative-uransteuer.pdf>)
- 5. Neuer Gas-Streit zwischen Russland und der Ukraine** vor einem Stockholmer Schiedsgericht wegen offener Rechnungen von 600 Mill. \$ und angeblicher Beschlagnahme von Gas im Wert von 4 Mrd. \$. Außerdem ist Gazprom im 4. Quartal 2008 in die roten Zahlen gerutscht. (HB, FTD 30.03.09)
- 6. Bundesregierung fördert Elektroautos** Die Bundesregierung investiert im Rahmen des 2. Konjunkturpaketes in der Wirtschaftskrise **500 Mill. €** in die Erforschung, Weiterentwicklung und den Bau von Elektromotoren wie Batterien. Ziel ist es in diesem Wirtschaftsbereich der Autoindustrie von der Entwicklung bis zur abschließenden Produktion alle Schritte der Herstellung auf deutschem Boden anzusiedeln. Der Haushalt des Bundestags bewilligte diese Pläne am 25.03.09. (Süddt.Ztg., Tagesspiegel 27.03.09)
- 7. Ultimatum an Regierung:** Weil ein Gesetzesentwurf über **die Lagerung von Kohlendioxid unter Tage** in der Ressortabstimmung der Bundesregierung feststeckt, **droht Vattenfall Europe mit dem Stopp einer Milliardeninvestition**. Sollte das Gesetz nicht kommen, werde man das Projekt suspendieren, da man ohne juristische Rahmenbedingung nicht investieren könne, so Vattenfall-Vorstand Hatakka. Der Konzern will in Brandenburg (Ketzin) rund 1 Mrd. € in Demonstrationsanlagen für die neue Technik stecken. (FTD 23.03.2009)
8. Die **Brandkatastrophe in Australien** forderte diesmal deswegen **so viele Opfer und Sachschäden**, weil die Politik und die örtlichen Behörden, angetrieben **durch Umweltschützer**, den Bürgern jahrelang verboten hatten, auf ihren eigenen Grundstücken Bäume zu fällen und Flurbereinigungen vorzunehmen. Ein Bürger hatte auf einer Breite von bis zu 100 m vor seinem Haus die Flur bereinigt (erlaubt waren nur 6 m) und konnte damit im Gegensatz zu seinen Nachbarn die Vernichtung seines Eigentums mit Ach und Krach gerade noch verhindern. ("Sydney Morning Herald" 12.02.09 aus www.naeb.info 22.03.09 e-mail Dueppmann)
- 9. Ohne Gorleben-Gelder** geht es in der Gemeinde Gartow nicht. Vom Betreiber des Gorlebener Zwischenlagers erhält die Gemeinde Jahr für Jahr 838.500 €. Ohne diese Gelder **wäre die Infrastruktur nicht aufrecht zu erhalten**. Wendland-Therme und Campingplatz etwa müssten geschlossen werden. Elbe-Jeetzel-Ztg. 26.03.09)
- 10. Interessante Leserbrief**e bei www.buerger-fuer-technik.de, z. B. Endlagerfrage ungelöst? FAZ 10.02.09 / Risiko von neuen Techniken überschätzt Welt 05.03.09/ Umweltministerium und Kernkraft WAMS 07.03.09